

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Samstag, 5. September 2020 · Nr. 206 · 241. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 5.50 · €5.50

Die Schweiz muss sich wappnen

Die Unsicherheit hat seit dem Ende des Kalten Kriegs erheblich zugenommen. Doch die Schweiz betreibt eine Aussenpolitik, als ginge sie das alles nichts an. Sie zweifelt am Sinn leistungsfähiger Streitkräfte, und sie tut so, als sei sie nicht auf Partner angewiesen. Das sind zwei Fehler, die sich am 27. September korrigieren lassen. Von Eric Gujer

Die Schweizer neigen dazu, ihre Aussenpolitik zu verkomplizieren, bis sie vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sehen. Da wird inbrünstig darüber gestritten, wie sich die Personenfreizügigkeit «sistieren» lässt, ab wann Migration zu «Dichtestress» führt und ob eine Lockerung der flankierenden Massnahmen den Arbeitsmarkt unzumutbar belastet. Das sind legitime Fragen, die aber einen wesentlichen Gesichtspunkt ausser acht lassen. Die Abstimmungen über die Begrenzungsinitiative und die Kampfjets bieten die Gelegenheit, das zentrale Thema in den Mittelpunkt zu rücken: Was bestimmt die internationale Lage in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts, und wie soll die Schweiz darauf reagieren?

Die Insel der Glückseligen

Drei Jahrzehnte nach dem Ende des Kalten Kriegs ist die Friedensdividende endgültig aufgezehrt. Die USA und China messen ihre Kräfte, und niemand vermag vorherzusagen, welche Konsequenzen dieser Konflikt wirtschaftlich, politisch und militärisch haben wird. Mitten in Europa, im Osten der Ukraine, schürt Russland einen Krieg, der 13 000 Menschen das Leben gekostet hat. An der europäischen Südflanke verwandelt sich gerade die Türkei, bisher eine Bastion gegen die Händler der Levante und des Nahen Ostens, selbst in einen Problemhären, der von Libyen über Syrien bis zur Ägäis Spannungen erzeugt.

Man muss die Aufzählung nicht fortsetzen, denn ihre Botschaft ist auch so unmissverständlich. Überall kommt es zu Auseinandersetzungen, die auch deshalb so ungemütlich sind, weil sie sich nicht in ein gemeinsames Erklärungsmuster wie den Kalten Krieg einfügen. Jeder Konflikt hat andere Ursachen, und jeder kann deswegen ungeplant, gleichsam aus Versehen, eskalieren.

Daher ist auch eine Insel der Glückseligen wie die Schweiz gut beraten, sich gegen Unvorhergesehenes zu wappnen. Leistungsfähige Streitkräfte sind ein Instrument. Sie unterstreichen die Souve-

ränität und garantieren ein Mindestmass an Abschreckung. Ein potenzieller Gegner muss mit einer entschlossenen Abwehr rechnen, gleichgültig, ob er eine Desinformationskampagne, eine Cyberattacke oder eine konventionelle Militäroperation zu lancieren gedenkt.

Schweden hat deshalb 2017 beschlossen, seine Verteidigungsausgaben markant anzuheben. Das Land unterhält nicht nur eine Luftwaffe, sondern baut selbst noch Kampfflugzeuge. Schweden legt Wert auf eine ganzheitliche Verteidigung, dazu gehören neben modernen Waffen auch technologische Kompetenzen. Die Schweiz hingegen stranguliert ihre Rüstungsindustrie mit Exportrestriktionen. Und sie fragt sich, ob sie überhaupt eine Luftverteidigung benötigt – die, horribile dictu, aus mehr als ein paar Flugzeugen besteht und deswegen eine kostspielige Angelegenheit ist.

Die Schweden sind nicht paranoid, sie sind nur vorsichtig und bereiten sich vor. Die Schweizer hingegen neigen zur Ansicht, dass Gottvertrauen die beste Gegenwehr ist. Sie müssen sich jetzt entscheiden, ob sie bei einer Waffengattung eine eklatante Fähigkeitslücke in Kauf nehmen. Mit der Verteidigung ist es wie mit einem Dach. Es nützt wenig, wenn ein Teil gut in Schuss ist, an anderer Stelle aber ein Loch klafft und es hineinregnet.

Auch in einem anderen Punkt unterscheiden sich die beiden Länder. Das offiziell bündnisfreie Schweden kooperiert eng mit seinem Nachbarn Finnland und mit der Nato, weil selbst die Streitkräfte grösserer Staaten wie Frankreich und Grossbritannien längst nicht mehr alle notwendigen Fähigkeiten besitzen. Für die Schweiz wäre eine intensivere Zusammenarbeit mit der Nato ebenfalls vernünftig. Dies ist allerdings wegen der orthodoxen Auslegung von Neutralität ausgeschlossen.

Aber deswegen sind nicht alle Formen der Kooperation sinnlos. Die Schweiz steht vor einem doppelten Problem. Zum einen fördert die Globalisierung den Austausch von Waren und Ideen; das macht Verflechtung und Offenheit notwendig. Zugleich ist die amerikanische Dominanz passé; an ihre Stelle ist kein Gleichgewicht der Mächte ge-

treten. Die internationale Politik wird daher noch lange volatil bleiben. Das erfordert Wachsamkeit, um sich nach allen Seiten abzusichern.

Ein Ausweg aus dem Dilemma sind Bündnisse. Mit ihrer Hilfe kann ein Staat über der eigenen Gewichtsklasse boxen und Ressourcen mobilisieren, über die er selber nicht verfügt. Selbst Donald Trump liess seinen Worten, die Nato sei obsolet, keine Taten folgen. Allianzen sind sogar für das übermächtige Amerika wertvoll. Die Schweiz besitzt mit ihrem privilegierten Verhältnis zur EU eine solche Partnerschaft, die es zu pflegen gilt, auch wenn die Schweiz nie EU-Mitglied wird.

Realpolitik ist unbeliebt

Die Europäische Union ist egoistisch, bürokratisch und manchmal beängstigend kleinkariert, wenn sie etwa der Schweiz den Anschluss an ihre Covid-App verwehrt. Aber sie ist das Beste, was wir haben. So wie es einen realistischen Blick auf die Welt und ihre Defizite braucht, muss auch die EU nüchtern betrachtet werden. Sie ist alles andere als perfekt, aber mangels Alternativen kann sich die Schweiz keinen Perfektionismus leisten. Aussenpolitik, das wusste schon Bismarck, ist der Versuch, mit manchmal fragwürdigen Mitteln den Frieden und den eigenen Vorteil zu sichern.

Das Tessin ächzt wegen der Grenzgänger unter Verkehrsstaus. Da erscheint die Kündigung der Personenfreizügigkeit als probates Gegenmittel, auch wenn es Wohlstand vernichtet. Eine solche engstirnige Kirchturmpolitik wäre für das Tessin gefährlich, weil es dann zwischen Zürich und Mailand zerrieben würde. Auch die Schweiz als Ganzes muss Nachteile schlucken, um dank der Partnerschaft mit der EU ihre Position in einer unsicheren Welt zu stärken. Gerade weil die Schweiz militärisch die internationale Zusammenarbeit meidet, ist diese politisch und wirtschaftlich umso nützlicher.

Aber man kann es der Rechten wie der Linken kaum verdenken, wenn es ihnen in Bezug auf Europa wie auf die Luftverteidigung am Verständ-

nis für kühle Realpolitik mangelt. Der Bundesrat verhält sich manchmal nicht anders. So trieb er die Crypto International AG in den Ruin, nur weil unlängst Schweizer Journalisten entdeckten, was ihre deutschen Kollegen schon zwanzig Jahre zuvor herausgefunden hatten: dass amerikanische und deutsche Nachrichtendienste dank den manipulierten Chiffriergeräten der Zuger Firma die Kommunikation von Ländern wie Iran mitlesen konnten. Die Schweizer Behörden wussten das, weil sie selbst von diesen Informationen profitierten.

Die stillschweigende Duldung bedeutete jedoch keine Verletzung der Neutralität, sondern genau das Gegenteil – nämlich einen kunstvollen Ritt auf der Rasierklinge. In der Schweiz betrieben auch kommunistische Geheimdienste Tarnfirmen, um das Nato-Embargo bei Hochtechnologie und Rüstungsgütern zu umgehen. Nicht nur die CIA, auch die Stasi besass in Zug ein Unternehmen. Bern liess die Schattenkrieger aus dem Osten wie dem Westen in gewissen Grenzen gewähren. Die Landesregierung sicherte sich so das Wohlwollen beider Seiten und verfolgte ihre eigenen Interessen.

Heute tun sich die Bundesräte mit der Professionalität ihrer Vorgänger schwer. Um der geschichtsblinden Kritik von Teilen der Öffentlichkeit zu entgehen, nehmen sie im Gegensatz zu Schweden den Abfluss von technologischen Kompetenzen in Kauf. Die Regierung signalisiert zudem den vielen IT-Firmen in Zug, dass sie sich besser nicht auf Rechtsstaatlichkeit verlassen sollten.

Realpolitik steht in der Schweiz nicht mehr hoch im Kurs. Über die Ursachen hierfür lässt sich nur spekulieren. Ist es eine Überdosis Moral, die sich die Schweiz in Ermangelung anderer Probleme glaubt leisten zu können? Sind es geistige Scheuklappen infolge einer Debatte, die gebetsmühlenhaft um idealisierte Begriffe wie Souveränität und Neutralität kreist? Oder ist es schlicht Unkenntnis, weil die Schweiz seit dem Ende des Kalten Kriegs ins Abseits der Weltpolitik geraten ist? Die Stimmbürger haben es in der Hand, am 27. September wenigstens bei zwei Geschäften einen Kontrapunkt zu setzen.

ANZEIGE

«JAMAIS VU»



«Lesen Sie in unserer Kundeninformation Check-Up (www.reichmuthco.ch), was die explosive Welt-, Fiskal- und Geldpolitik für Sie als Anleger bedeutet.»

Christof Reichmuth
unbeschränkt haftender Gesellschafter

PRIVATBANKIERS
REICHMUTH & CO
INTEGRALE VERMÖGENSVERWALTUNG

LUZERN | ZÜRICH | ST. GALLEN

Die CVP soll neu «Die Mitte» heissen – und will weitermachen wie bisher

Das C muss weg – Kantonalparteien dürfen sich aber weiterhin CVP nennen

fab. · Dass die CVP ihren Namen ändert, ist noch keine Sensation. Die Partei hat sich schon mehrfach neu getauft. Dieses Mal aber will sie einen wahrlich historischen Schritt tun: Das C soll weg. Unter dem Namen «Die Mitte» soll die Partei ein neues Publikum ansprechen und endlich wieder Wahlen gewinnen. Am Freitag hat die Parteispitze um Gerhard Pfister bekanntgegeben, dass sie im Oktober eine Urabstimmung über den neuen Namen durchführen will. Es ist die erste in der Parteigeschichte.

Vor exakt 50 Jahren hat sich die CVP den heutigen Namen gegeben, zuvor war sie als Konservativ-Christlich-soziale Volkspartei unterwegs gewesen. Nun aber steht ein grösserer Schritt be-

vor. Wenn die Partei tatsächlich das C streicht, lässt sie das Christentum zumindest nominell endgültig hinter sich und streift das ganze Gewicht ihrer historischen Herkunft ab. Die internen Gegner warnen davor, dass die Partei mit dem C die Klammer verliere, welche die verschiedenen Strömungen zusammenhalte. Zufall oder nicht: Das neue Parteilogo enthält als auffälligstes Element eine grosse Klammer.

Pfister erhofft sich vom neuen Namen, dass die Partei ihren seit Jahrzehnten andauernden Niedergang beenden kann. Er geht davon aus, dass es in der Schweiz ein Potenzial von bis zu 20 Prozent der Bevölkerung gibt, die die Politik der CVP eigentlich gut fin-

den. Der gegenwärtige Wähleranteil beträgt lediglich gut 11 Prozent. Die Parteistrategen sind überzeugt, dass sie neue Schichten erreichen können, wenn das christliche Element aus dem Namen verschwindet. Am politischen Kurs will die Parteispitze nichts verändern. Sie hofft weiterhin, als pragmatische und lösungsorientierte Kraft punkten zu können.

Widerstand gegen die Pläne gibt es in Kantonalparteien, die einen konservativen Kurs verfolgen, insbesondere im Wallis. Die Parteispitze ist bereit, den Skeptikern weit entgegenzukommen. Die Kantonalparteien dürften sich weiterhin CVP nennen.

Meinung & Debatte, Seite 13
Schweiz, Seite 15

WOCHENENDE

Aufstieg
und Fall
eines
schillernden
Terroristen

Vor 50 Jahren entführte die Volksfront für die Befreiung Palästinas eine Maschine der Swissair.

Seite 46–49